



CDU
Kreisverband Chemnitz

CDU – Kurier
Mitgliederzeitschrift

Ausgabe 1 / 2009

Inhaltsverzeichnis

1	<i>Vorwort des Kreisvorsitzenden</i>	3
2	<i>Editorial</i>	5
3	<i>Aus aktuellem Anlass</i>	6
4	<i>Die Landtagsabgeordneten haben das Wort</i>	8
5	<i>Neues aus der Ratsfraktion</i>	20
6	<i>Spezialthema: Wider dem Extremismus</i>	22
7	<i>Neues aus den Vereinigungen</i>	29
8	<i>Die Kandidaten haben das Wort</i>	31
9	<i>Die Ortsverbände haben das Wort</i>	33
10	<i>Leserbriefe</i>	35
11	<i>Impressum</i>	36



1 Vorwort des Kreisvorsitzenden



von Detlef Nonnen, Kreisvorsitzender der CDU Chemnitz

Sehr geehrte CDU- Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

anlässlich unserer Kreismitgliederversammlung am 31. Januar haben wir insgesamt **55** geeignete Frauen und Männer aus unseren Reihen für die Stadtratswahl am 7. Juni nominiert.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals allen Gewählten für ihre Bereitschaft zur Übernahme dieses wichtigen Ehrenamtes in der Stadt Chemnitz danken. Bereits am 2. Februar hat sich das Kommunalwahlkampfteam, welches sich aus den jeweils Erstplatzierten der acht Wahlkreise zusammensetzt, unter Leitung unseres stellvertretenden Kreis- und Fraktionsvorsitzenden Tino Fritzsche, gebildet. Gegenwärtig werden die Wahlkampfstrategie und das Wahlkampfprogramm fertig gestellt.

Stadtrat beschließt Konjunkturprogramm für Chemnitz

Die Bundesregierung hat unter Vorsitz unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel im Februar ein zweites Konjunkturprogramm beschlossen, indem neben vielen anderen Maßnahmen den Städten und Gemeinden 10 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung gestellt werden.

Hierdurch können die Folgen der Rezession, in der sich auch Deutschland befindet, abgemildert werden. Ziel ist es, durch öffentliche Aufträge Arbeitsplätze zu sichern.

Auf die Stadt Chemnitz entfallen rund **29,5 Millionen Euro**, die durch die Stadt mit rund **7,5 Millionen** aufzustocken sind. Aufgrund der soliden Finanzpolitik der letzten Jahre sind wir in der Lage diesen städtischen Anteil aus der Rücklage (dem „Sparstrumpf der Stadt“) ohne neue Kreditaufnahmen zu schultern. Der Stadtrat hat in seiner Sondersitzung am 11. März das **37 Millionen** schwere Investitionsprogramm für Chemnitz beschlossen. Davon werden rund 24 Millionen in Bildung (Sanierung von Schulen und Kitas) sowie in weitere Infrastrukturvorhaben (u.a. Schwerpunkt Sport) investiert.



Wichtig ist nun, dass die zuständigen Behörden des Freistaates zügig die Fördermittelbescheide ausstellen, damit die Stadt in die Lage versetzt wird, die vorgenannten Maßnahmen auszuschreiben und umzusetzen. Denn die Hälfte der Finanzmittel soll noch in diesem Jahr verausgabt werden.

Kommunalwahltermin 7 Juni naht!

In rund 2 Monaten findet die Kommunalwahl statt. Wir sind uns bewusst darüber, dass dieses Ergebnis eine bedeutende Etappe zu den folgenden Landtagswahlen am 30. August und der Bundestagswahl am 27. September darstellt. Ich bitte Sie daher sehr unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtratswahl und die Ortschaftsratswahlen in Ihren Wahlkreisen / Stadtteilen bzw. Ortschaften tatkräftig zu unterstützen.

Nur gemeinsam können wir siegen!

In der Hoffnung auf einen engagierten Wahlkampf
verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Ihr

Detlef Nonnen
CDU-Kreisvorsitzender
Detlef.Nonnen@cdu-chemnitz.de



2 Editorial



von Michael Walter, CDU Kreisvorstand Chemnitz

Liebe CDU – Mitglieder und Freunde der Partei,
der Frühling steht vor der Tür!

An sich eine unspektakuläre Aussage. Und doch verbinden sich damit für viele Menschen neue Perspektiven für das laufende Jahr. Neben der neu erwachenden Natur bietet diese Jahreszeit auch die Chance, alte Dinge zu „entrümpeln“, sich frei zu machen von altem Ballast und sich und seine Ziele neu zu justieren. Für uns als CDU steht gleichzeitig auch eine große Herausforderung vor der Tür. Es gilt, mehrere Wahlen in diesem „Superwahljahr“ zu absolvieren und zu gewinnen! Dabei sollten wir kritisch unsere gegenwärtige Position überprüfen und unsere Ziele, Perspektiven und unser Programm erneuern und „fit“ machen für dieses Jahr 2009. Erste Schritte sind getan, das Wahlkampfteam bzw. die verschiedenen Gruppen und Kreise arbeiten engagiert an der Umsetzung unseres Angebotes an die Wählerinnen und Wähler.

Aber es gilt für die CDU ebenso, sich über die eigenen Werte klar zu werden. Die aktuellen Diskussionen zeigen, dass dies immer eine Gradwanderung bedeutet, wenn eine Partei (wie in der großen Koalition) Kompromisse schließen muss. Werte sind jedoch mehr, als ein unverbindlicher Leitfaden. Werte müssen gelebt werden. Dazu zählt auch, sich mit Extremismus auseinanderzusetzen und gleichermaßen ein Angebot für eine familienfreundliche Politik zu legen. Die vorliegende Ausgabe des CDU-Kuriers bietet Ihnen zwei Artikel, die sich mit diesen Themen befassen. Darüber hinaus finden Sie weitere interessante Artikel, die zum Nachdenken und Gestalten anregen sollen.

Gerne lade ich Sie ein, Ihre Gedanken in Form von Leserbriefen öffentlich zu machen.

Ihr

Michael Walter
Michael.Walter@cdu-chemnitz.de

CDU-Mitgliederzeitschrift
Kreisverband Chemnitz
Ausgabe 1 / 2009



3 Aus aktuellem Anlass

von Wilma Kleinertz, Pressesprecherin der CDU-Chemnitz

Ein Jahr danach: Für die Sicherheit unserer Kinder – Was tut Chemnitz?

Ein Jahr ist es jetzt her, dass der CDU-Kreisverband mit Pressemitteilungen die öffentliche Diskussion über die Sicherheit unserer Kinder auf unseren Spielplätzen angestoßen hat. Es wurde viel geredet und Ängste vor einem Überwachungsstaat wurden geschürt. Alle Fraktionen im Stadtrat entdeckten jetzt die Sicherheit unserer Kinder, allen voran die Grünen und die SPD. In der Stadtratssitzung am 14.05.2008 wurde mit einem Änderungsantrag der CDU-Antrag verändert. Man wollte das Thema für sich besetzen und alles anders regeln.

Doch was ist bisher geschehen?

Was wurde bisher dem Stadtrat vorgelegt? Bis auf eine Initiative, der sich freundlicherweise die GGG annahm, weil sie – wie aus unterrichteten Kreisen bekannt wurde – von der Stadt selbst abgelehnt wurde, ist alles Engagement der übrigen Fraktionen und der Verwaltung in der Versenkung verschwunden. In der letzten Stadtratssitzung am 25.03.09 stellte ich deshalb dazu eine Anfrage, deren Beantwortung bis dato noch offen ist. Anlass für die Presseklärungen des CDU-Kreisverbandes und der Bemühungen der CDU-Stadratsfraktion im letzten Jahr waren mehrere besorgniserregende Belästigungen von Kindern durch Fremde, die sich auf Spielplätzen unziemlich näherten und die den klugerweise flüchtenden Kindern auch noch bis nach Hause folgten.

Wir fragten, wie wir derartige Übergriffe als Chemnitzer CDU vermindern können. Zudem zeigen sich immer wieder Beschädigungen von Kinderspielplätzen, wie der Brand auf dem Küchwaldspielplatz, der uns mit der Neugestaltung ca. 140.000 € gekostet hat. Aber auch die Gefährdungen durch unachtsam hinterlassene Scherben von Bierflaschen oder Hundekot sind für Kinder und Eltern untragbar. Dazu kommen Beschädigungen von Spielgeräten, sowie Schmierereien mit Graffiti.

Wie können wir also diese öffentlichen Räume schützen, in denen Kinder die Möglichkeiten haben sollen, auch einmal frei und unbeschwert herumtoben zu können. Wenn etwas passiert, scheint es wenig sinnvoll zu sein, nur mit dem Zeigefinger auf die Fürsorgepflicht der Eltern zu zeigen. Auch wir als Gesellschaft und erst recht wir als lokalpolitische Vertreter haben die Pflicht, Strukturen zu schaffen und den Boden für einen Schutz unserer Kinder zu bereiten.

CDU-Mitgliederzeitschrift
Kreisverband Chemnitz
Ausgabe 1 / 2009



Unsere Forderung war deshalb am 27.03.08: Die Stadtverwaltung sollte prüfen, ob mehr Sicherheit durch Videoüberwachung von Spielplätzen geschaffen werden könnte. An jeder Tankstelle, jeder Geldautomat, Ampeln und Gefahrenschwerpunkte sind heutzutage Videokameras zu finden, die unser Bedürfnis nach Sicherheit befriedigen. Wir alle wollen umfassend informiert sein und uns durch Prüfmechanismen vor Schäden wie z.B. durch Gentechnik in Lebensmitteln bewahren.

Videoüberwachung in einem vernünftigen, geregelten Rahmen angewendet, kann uns beschützen und uns helfen. Vandalismus an sensiblen Punkten zu verringern.

Die CVAG hat gute Erfahrungen mit dem Videoschutz in Bussen gemacht, die Anzahl von Straftaten, Übergriffe und Sachbeschädigungen, ist dadurch deutlich zurückgegangen. Auch die WG Einheit installierte auf meine Anregung hin in der Markersdorfer Oase einen Videoschutz. Seitdem ist ein deutlicher Rückgang von Sachbeschädigungen dort zu verzeichnen.

Ein Argument gegen die Installation von Videokameras war, dass durch diese Maßnahmen, Straftaten von Verbrechern und Ignoranten nur auf andere Gebiete, wie weiteren Parkflächen, verlagert würden. Aber sollten nicht so sensible Flächen, wie gerade die Spielräume unserer Kinder besonders geschützt sein? Absolute Sicherheit gibt es nie und nirgendwo, deshalb sind Schulungen für Eltern und Kinder so wichtig. Präventionsprogramme müssen immer gefördert werden.

Das heißt jedoch nicht, dass nicht auch über einen vordergründigen Schutz nachgedacht werden muss. Das seit August 2008 auf über 100 Spielplätzen der GGG durch 40 Frauen durchgeführte ABM-Projekt der Spielplatzbetreuung ist daher unbedingt zu unterstützen.

Da der Datenschutzbeauftragte Sachsens einen Schutz durch Videokameras auf Spielplätzen aus rechtlichen Erwägungen nicht für durchsetzbar hält, müssen unbedingt Alternativen geprüft werden. Und das möglichst bald, da jetzt im Frühling die Spielplatzsaison wieder anfängt.

Wir brauchen tragbare Konzepte und zwar bald, damit Übergriffe auf unsere Kinder verhindert werden!

Ihre

Wilma Kleinertz
wilma.kleinertz@cdu-chemnitz.de



4 Die Landtagsabgeordneten haben das Wort



Sächsischer Landeshaushalt für die Jahre 2009 und 2010 beschlossen
 von Gesine Matthes, MdB

1. Sport wird in Sachsen groß geschrieben

Neues Projekt soll mehr Kinder für Sport begeistern

Wer freut sich nicht mit, wenn sächsische Sportler bei Weltcupwettbewerben, Weltmeisterschaften oder gar Olympischen Spielen Erfolge feiern. Man fiebert mit, feuert an und ist gerührt, wenn die jungen Athleten ganz oben auf dem Treppchen stehen – und hat es sich dabei vor dem Fernseher recht gemütlich gemacht.

Dabei ist es eine alte Weisheit, dass Bewegung Körper und Geist gut tut. Insbesondere Kinder stärken durch sportliche Betätigung ihre Gesundheit und machen die Erfahrung, dass Ausdauer sich lohnen kann und Erfolge das Selbstwertgefühl steigern.

Nun hat nicht jeder das Zeug zum Leistungssportler, regelmäßig Sport zu treiben, fördert jedoch die Fähigkeiten, sein eigenes Leistungsvermögen ausschöpfen zu lernen. Für alle sächsischen Schülerinnen und Schüler, die sich in den Schuljahren 2008/2009 bzw. 2009/2010 in Klassenstufe drei befinden, wurde daher das Projekt „Komm in den Sportverein“ ins Leben gerufen, das sind je 33.000 Schüler. Sie kommen in den Genuss von Gutscheinen, die für die Dauer von zwei Schulhalbjahren eine Vereinsmitgliedschaft zu reduzierten Beiträgen ermöglichen.

Die Schüler haben in der letzten Schulwoche vor den Winterferien ein "Starterpaket" mit insgesamt zwei Gutscheinen (1x im Starterpaket, 1 x zu Beginn der vierten Klasse) im Wert von je 30 EUR und einem mit den Logos der Aktion bedrucktem T-Shirt erhalten. Ein beigefügter Elternbrief beschreibt Anliegen der Aktion und Verfahren. Die Gutscheine können von allen Sportvereinen entgegen genommen werden. Die Mitgliedschaft ist im Laufe des Monats März aufzunehmen, im Gegenzug mindert der Sportverein den Mitgliedsbeitrag für das Schulhalbjahr (bis einschließlich August) um 30 EUR. In vielen Fällen wird dies einer kostenfreien Mitgliedschaft gleichkommen; denn der durchschnittliche Monatsbeitrag für diese Altersgruppe liegt bei knapp 5 EUR.



Der zweite Gutschein ermöglicht die Verlängerung der Mitgliedschaft beim selben Verein oder den "Test" eines anderen Vereinsangebotes, hierfür muss die Mitgliedschaft im Laufe des Monats September aufgenommen werden. Um eine Ungleichbehandlung zu vermeiden, können die Gutscheine auch von Kindern eingelöst werden, die bereits Mitglied in einem Verein sind.

Nun können nicht alle Olympiasieger werden. Aber vielleicht wird bei diesem oder jenem in 10 bis 15 Jahren ein Märchen wahr und er wird in einem Interview über den Beginn seiner sportlichen Karriere sagen: „Es war in einem März im Freistaat Sachsen, da habe ich an einem Projekt namens ‚Komm in den Sportverein‘ teilgenommen ...“

2. ... und in Chemnitz auch.

Deshalb hatte der Stadtsportbund unter der Präsidentschaft von Dr. Siegfried Pietsch für den 9. März 2009 in das „Alte Heizhaus“ zum Forum rund um das Thema Sport eingeladen. Gekommen waren neben dem Sächsischen Staatsminister für Kultus, Prof. Dr. Roland Wöllner MdL, Generalsekretär und Präsident des Landessportbundes Sachsen Dr. Ulf Tippelt bzw. Eberhard Werner, Sportbürgermeisterin Heidemarie Lüth, der Prorektor der Technischen Universität Chemnitz, Prof. Dr. Albrecht Hummel sowie Mitglieder des Sächsischen Landtages.



In seinem Eröffnungsreferat betonte Kultusminister Prof. Dr. Roland Wöllner die Bedeutung des Sports für Sachsen und die Gesellschaft. Zum einen leisteten die Sportvereine bei Jugendlichen einen wesentlichen Beitrag zur Herausbildung von Werten wie Fairness, Toleranz, Leistungsbereitschaft und der Fähigkeit mit Niederlagen umgehen zu können. Weiterhin vermittelt der Sport bereits früh eine gesunde Lebenseinstellung, angesichts der demografischen Entwicklung Sachsens ein Thema zunehmender Wichtigkeit. Schließlich übe der deutsche und internationale Spitzensport eine Vorbildfunktion auf die Jugend aus und fördere die Heimatverbundenheit. Stolz können die Sachsen auf ihre Trainingszentren sein: Hier trainieren derzeit 10 % aller bundesdeutschen Spitzenathleten und 9 % der gewonnenen Medaillen hat die Bundesrepublik den Sachsen zu verdanken. Und hier reden wir nicht nur über Katharina Witt, Michael Ballack und Matthias Steiner.

Alles beginnt mit einer umfassenden Förderung des Breitensports; ohne diese Basis würde es auch keinen Spitzensport geben, sind sich alle Teilnehmer, unter ihnen die CDU-Landtagsabgeordneten Gesine Matthes, Peter Wilhelm Patt und Andreas Hähnel, einig: „Zukunft ist ebenso wichtig wie die Gegenwart“. Deshalb sind die für das Projekt „KOMM in den Sportverein“ in den sächsischen Haushalt eingestellten 3,7 Millionen € gut angelegtes Geld. Gesine Matthes wünscht sich noch viel mehr; dass für Sport in Chemnitz genauso viel Geld ausgegeben würde wie für Kultur. Dort sind es 76,00 € je Einwohner und Jahr, für Sport gerade einmal 17,00 €.

Dass es dazu auch geeigneter räumlicher Voraussetzungen bedarf, machte die Diskussion deutlich. Einen Fragesteller interessierte daher auch, ob denn der Ausbau der Markthalle zu einem Trainings- und Wettkampfbereich demnächst erfolge. Auch solle doch geprüft werden, ob in der Schwimmhalle Sportforum Platz für Zuschauer zu schaffen ist. Endgültige Antworten erhielt das Publikum nicht, aber der Stadtverwaltung werden hier bei der Inanspruchnahme der Mittel aus dem Konjunkturpaket II die richtigen Entscheidungen gewünscht.

Ihre

Gesine Matthes, 2009
Gesine.Matthes@cdu-chemnitz.de



Die Sächsische Union



Die eigentliche Ursache der Finanzkrise: Kriegskosten

von Peter-W. Patt, Mdl

Viele Kenner analysieren die Verantwortung der amerikanischen Fed (Zentralbank) für die politisch motivierten, verheerenden Leitzinssenkungen, die jegliche Marktpreismechanismen außer Kraft setzten und infolge die große Finanzkrise und Wirtschaftskrise hervorriefen.

Mit den Zinssenkungen sollten die amerikanischen Träume vom Eigenheim erfüllbar gemacht werden. War das wirklich die Motivation? Oder war das die Nebelkerze, um anderes nicht sichtbar zu machen?

Zur Erinnerung: Präsident Bushs Kriegsmaschinerie wurde durch verschiedene Anlässe, insbesondere den ‚11. September‘ (9-11) befördert. Die gewaltigen und ohne großen Widerstand durch Kongress und Senat gegangenen Rüstungsausgaben mussten finanziert werden. Ebenso gewaltige Staatsdefizite waren die Folge, während man zu Amtsantritt noch geordnete Haushalte vorfand. Diese staatliche Kreditnachfrage hätte zu steigenden Zinsen an einem normalen Kapitalmarkt geführt. Aber dank der Fed wurde die Zinsbelastung herunter und gegen Null geschraubt. Die Belastungen im Staatshaushalt wurden somit vermieden. Und die Bürger wurden auf die Fährte gesetzt, die Fed habe die Leitzinsen gesenkt, damit der amerikanische Hausraum wahr werden könne. Brot und Spiele. Der Widerstand gegen die verlorenen Rüstungskosten wurde im Keim erstickt. Die gigantische Verschuldung des Landes und das ruinierte Weltfinanzsystem sind quasi der Kollateralschaden des Krieges, begünstigt durch wertfreie, bonifizierte Banker und Trader.

Präsident Obamas Mut mag anstecken, die Last ist groß. Die wachsende Bevölkerung kann das System stabilisieren - während Deutschland schrumpft.

Ihr
Peter W.-Patt, 2009
Peter.Patt@cdu-chemnitz.de

CDU-Mitgliederzeitschrift
Kreisverband Chemnitz
Ausgabe 1 / 2009



Die Sächsische Union



„Sachsen soll ein kinder- und familienfreundliches Land sein.“

(Grundsatz der Demografie-Kommission des Sächsischen Landtags)

von Peter-W. Patt, Mdl

Familie definieren wir als Dreigenerationenvertrag, also als Beziehungsgefüge zwischen Kindern, Eltern und (Ur-) Großeltern, die in auf Dauer angelegten Gemeinschaften zusammen leben, die durch Emotionalität, Hilfe, Fürsorge und Solidarität getragen werden.

Wie ist der Zustand in unserem Land?

Mithilfe des Statistischen Landesamtes haben wir festgestellt, dass der Kinderwunsch in Sachsen überdurchschnittlich hoch ist und die Kinderliebe der Sachsen bundesweit oben liegt. Deswegen ist die Kinderlosigkeit in Sachsen auch nicht so verbreitet wie in den alten Bundesländern, wohl aber die Einkindfamilie, also das Fehlen von Geschwistern.

Und festgestellt haben wir, dass nur rd. 1/3 der demografischen Verluste auf zwischenzeitlich nur noch geringe Abwanderungen zurückgehen; 2/3 sind fehlende Jahrgänge nach der Wende aufgrund Verschiebung des Gebäralters von 18/19 Jahren auf ca. 30 Jahren und älter. Wir haben nicht weniger Kinder pro Familie, aber die Verschiebung hat einige Kalenderjahrgänge sehr kinderarm gemacht. Die Auswirkungen werden uns noch mindestens drei Generationen verfolgen. Unser Problem ist also die Unterjüngung, sind die fehlenden Geburten. Nicht das Älterwerden ist das Problem, Altwerden ist schön.

Welche Ziele leitet die CDU daraus ab?

Familien sind für unser Gemeinwesen unerlässlich. Das ist unser klares politisches Bekenntnis. Wir wollen Geburten fördern. Wir wollen, dass unsere Kinder in intakten Familien aufwachsen, wo sie stabile Werte zur Orientierung erfahren.

Aber wir verkennen nicht, dass:

- Menschen in einer Fülle von Paar- und Familienbeziehungen und Arrangements leben.
- Aus christlicher Sicht weise ich auf Widersprüche in solchen ‚Ehen auf Probe‘ hin, denn hinter Bindungslosigkeit steckt entweder Misstrauen – „und auf Misstrauen wächst nichts Gutes“ (Bischof Reinelt zum Familienjahr 2009), oder dahinter steckt Beliebigkeit – und das bildet für Kinder keinen verlässlichen Rahmen für die eigene Entwicklung. Familie ist dort, wo trotz vieler Pflichten füreinander dem Einzelnen Freiheit bleibt. Diese Bindung in Freiheit ist Familie, ist das, was unsere Verfassung schützt und fördert.
- Betonen möchte ich, dass für die Union Kinder aller Lebensformen gleichermaßen förderungswürdig sind und dass keine Lebensformen diskriminiert werden dürfen, aber lediglich Ehe und Familie sind verfassungsgemäß zu fördern.

CDU-Mitgliederzeitschrift
Kreisverband Chemnitz
Ausgabe 1 / 2009



Die Sächsische Union



- 58% der Kinder in Sachsen außerhalb geschlossener Ehen geboren werden, auch wenn aufgrund der nachträglichen Eheschließung der Eltern nach der Geburt des ersten Kindes deutlich mehr, nämlich fast 2/3 der Kinder dann in Ehen aufwachsen.
- Durch die Neuorientierung nach der Wende und allgemeine gesellschaftliche Einflüsse werden rund 1/3 der Ehen geschieden, Tendenz abnehmend bei zunehmender Heiratsneigung (im alten Bundesgebiet 44%).
- Das heißt aber auch, dass 2/3 der Ehen stabil bis zum Ende halten. Junge und alte Menschen suchen Stabilität, Vertrauen und Verlässlichkeit.

Und noch eine sehr traurige Feststellung: Auf 1000 Lebendgeburten kommen 200 Abtreibungen, ich möchte Kindstötungen sagen. Dafür gibt es viele, sehr individuelle und nicht leichtfertige Gründe, aber auch manche Bequemlichkeiten. Nur wenige können wir akzeptieren.

1. Familie ist wichtigste Verantwortungsgemeinschaft
2. Familienpolitik sehen wir als Familienvorrangpolitik
3. Moderne Familienpolitik sucht nach einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf
4. Finanzielle Entlastung für Familien
5. Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern.

1.
Für die CDU sind Familie und Ehe die wichtigsten Formen des Zusammenlebens. Wir fühlen uns dem Schutz von Ehe und Familie in besonderer Weise verpflichtet. Aus dieser Position sind alle großen familienpolitischen Leistungen unter der Union entwickelt und durchgesetzt worden: Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung, mehr Urlaub für die Pflege kranker Kinder, Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz usw. - all dies sind Ergebnisse unserer Familienpolitik.

Andere Parteien relativieren den Stellenwert von Ehe und Familie. Das wird auch in dem Minderheitenvotum des Kommissionsberichts deutlich. Die Opposition fordert das Neutralitätsgebot des Staates gegenüber privaten Beziehungen ein und setzt auf die Pluralisierung der Lebensformen.

Die gleiche Opposition fordert, dass öffentliche Verantwortung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nicht in die private Sphäre abgewälzt werden soll und leugnet den Dreigenerationenverträge zugunsten einer staatlichen Fürsorge für alles.

Das wollen wir nicht!



Die Sächsische Union



Nach meiner Überzeugung widersprechen solche Versuche der Lufthoheit über Kinder- und Pflegebetten der Natürlichkeit des familiären Zusammenhalts. Die soliden familiären Instinkte schultern die Lasten der Erziehung von Kindern und der Versorgung von Alten. Das ist letztlich der subsidiäre Aufbau unseres Staatssystems. Die staatliche Solidarität darf erst dort einsetzen, wo der Einzelne zum Schultern dieser Lasten nicht in der Lage ist, wo er alleine steht und sonst keine Hilfe erfährt.

Ich lehne daher eine prospektive Fürsorge staatlicher Einrichtung ab.

Kinder erfahren in ihren ersten drei Lebensjahren unbestritten bei ihren Eltern regelmäßig die bessere Erziehung. Kinderkrippen müssen angeboten werden, ganz klar, denn heute sind zwei Einkommen für Familien notwendig, da bedarf es eines umfangreichen Betreuungsangebotes. Erste Wahl aber ist die Erziehung der Eltern. In Familien lernen die Kinder Werte, Verhaltensweisen, Fähigkeiten und Kulturtechniken, die für ein gelingendes Miteinander in- und außerhalb der Familien wichtig sind (Extreme ausgenommen ...).

Und die meisten jungen Menschen im Freistaat sehen in der Gründung einer Familie das persönliche Lebensziel. Sie wollen sich und ihren Kinderwunsch dort verwirklichen, sie wollen die Generationen zusammenhalten, sie wollen Verantwortung füreinander übernehmen und sich nicht vom Staat bevormunden lassen. Die Familien-Analyse des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigt, dass 3/4 der Familien in schwierigen Situationen auf die Hilfe ihrer Familien vertrauen, vor 50 Jahren waren es weniger als die Hälfte. Familien spiegeln den Wandel und den Lauf menschlichen Lebens wider.

Und noch so viele Eingriffe in den Familienkosmos schaffen nämlich eines nicht: Kinder und Liebe sind eben so wenig käuflich wie Vertrauen und Verlässlichkeit der Ehe.

Ehe und Familie sind zentrale Fundamente unserer Gesellschaft. Familien mit Kindern bilden die Grundlage für eine langfristige stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft. Die heutigen Rahmenbedingungen werden der Situation der Familien nicht mehr gerecht. Die Lebensvorstellungen und Lebensbedingungen der Menschen haben sich in den letzten Jahren verändert. Familie ist für die Union mehr als die Erziehung kleiner Kinder. Familie erstreckt sich über die Generationen. Der Generationenvertrag und die sozialen Sicherungssysteme kommen ohne Kinder nicht aus, auch wenn manche Parteien die Versorgungslast im Alter – fahrlässig – dem Staat zuweisen wollen.



Die Sächsische Union



Familie ist erst und nur dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Die auf Dauer angelegte Ehe ist aus Unions-Sicht die beste Grundlage dafür, dass Männer und Frauen partnerschaftlich füreinander und als Väter und Mütter für ihre Kinder Verantwortung übernehmen. Deshalb ist der besondere Schutz, unter den das Grundgesetz Ehe und Familie stellt, nach wie vor gut begründet.

Familie ist kein Auslaufmodell, im Gegenteil: im Zeitalter der Globalisierung ist sie Müttern und Vätern heute wichtiger denn je. 80 Prozent der Menschen in unserer Gesellschaft leben in Familien. Familien sichern durch die Erziehung von Kindern den Fortbestand der Gemeinschaft. Sie leisten damit zugleich einen unverzichtbaren Beitrag zum Generationenvertrag, der die Grundlage unseres sozialen Sicherungssystems darstellt. Eine Gesellschaft, in der immer weniger Kindern geboren werden, setzt ihre Zukunft aufs Spiel. Die Erziehungsleistung der Familien kommt im Ergebnis auch denen zugute, die selbst keine Kinder erziehen. Es ist deshalb ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, Familien und Geburten im umfassenden Sinne staatlich zu fördern.

2.

Die CDU versteht Familienpolitik als Familienvorrangpolitik. Dabei spielt die finanzielle Förderung der Familie eine wesentliche, aber nicht die alleinige Rolle. Die Erziehung von Kindern ist und bleibt in unserem christlichen Menschenbild vorrangige Aufgabe und Leistung der Eltern. Diese Verantwortung kann niemals durch den Staat alleine übernommen werden.

Kindern fordern ihre Eltern und das zu Recht. Die Entscheidung für Kinder bedeutet, dass Eltern Zeit, Liebe und Zuwendung für ihre Kinder aufbringen. Diese Grundeinstellung spiegelt sich deshalb auch in den Eckpunkten unserer Politik für Familien, Eltern und Kinder wider. Wenn es um die finanzielle Förderung von Familien geht, wird immer gelten: Der Staat kann den Familien auch nicht alle finanziellen Belastungen abnehmen. Er muss dies auch nicht tun. Die Erziehung von Kindern ist und bleibt vorrangig eine Aufgabe der Eltern, die nicht vollständig in Geld aufgewogen werden kann.

Die Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas sowie die Beseitigung struktureller Benachteiligungen sind nicht weniger wichtig als eine gerechte finanzielle Förderung. Grundsätzlich gilt: Die Förderung von Familien muss sicherstellen, dass die Entscheidung für Kinder und ihre Erziehung nicht zu einer gravierenden finanziellen Schlechterstellung gegenüber Kinderlosen führt.

Unser Konzept zur Familienpolitik beruht auf drei Säulen:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Finanzielle Entlastung für Familien
- Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern.



Die Sächsische Union



3.

Wer heute eine Familie gründet, will selbst bestimmen, wie er sein Leben mit Kindern gestaltet. Kind oder Beruf und Kind und Beruf – alle Modelle müssen heute möglich sein und von der Gesellschaft anerkannt werden. Eltern wollen und sollen selbst entscheiden, ob und wie sie für die Betreuung ihrer Kinder selbst sorgen oder Betreuungsangebote, z.B. von Tagesmüttern, Krippen, Kindergärten, Horten bis hin zur Ganztagschule nutzen wollen. Hauswirtschaftliche Dienstleistungszentren oder sozialversicherungspflichtig beschäftigte Haushaltshilfen können ebenso eine individuelle Lösung sein. Deshalb wollen wir zu mehr regulären Arbeitsplätzen im Privathaushalt kommen.

Viele Frauen wünschen sich heute, Kinder und Beruf miteinander vereinbaren zu können - und viele Männer wollen (und sollen) sich stärker in die Erziehung ihrer Kinder einbringen. Wer Kind und Karriere unter einen Hut bringen will, benötigt einen familienfreundlichen Arbeitsplatz und ein deutlich verbessertes Betreuungsangebot für Kinder.

Die Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört unverändert zu den familienpolitischen Prioritäten der Bevölkerung. 2/3 erwarten von der Familienpolitik, dass sie sich konsequent dieser Aufgabe annimmt. Dies belegt eine repräsentative Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach. Insbesondere berufstätige Mütter sind der Auffassung, dass Deutschland hier im internationalen Vergleich nach wie vor erheblichen Nachholbedarf hat.

Um hier deutliche Verbesserungen zu erreichen, müssten nach den Vorstellungen der Bevölkerung nicht nur die Betreuungsinfrastruktur deutlich ausgeweitet, sondern auch die Zeiten der Betreuungseinrichtungen wie die Arbeitszeiten in den Betrieben flexibler gestaltet werden. Zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verspricht sich die Familie am meisten von

- einem ausreichenden Angebot an Kindergartenplätzen und Kinderhorten in den Kommunen,
- einer Ausweitung der Ganztagsbetreuung in Kindergärten und Schulen,
- einer Ausweitung der betrieblichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten,
- einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten in den Betrieben,
- einer besseren Abstimmung zwischen den Zeitplänen von Kindergärten und Schulen mit den Arbeitszeiten der Eltern und
- einer Ausweitung der Betreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren.

Und es ist nicht nur Aufgabe des Staates, solche Lösungen zu organisieren. Gefordert sind die Betriebe und die Belegschaften. Politik und Wirtschaft unternehmen hier derzeit große Anstrengungen zur Aufklärung über Chancen und Aufgaben. Dieses verstärkte Engagement liegt durchaus im Interesse der Unternehmen selbst.



Die Sächsische Union



Viele der zurzeit nicht berufstätigen und gut ausgebildeten Mütter sind interessiert, eine Berufstätigkeit aufzunehmen. Als Teilzeitarbeit lässt es Spielraum, auf die Familienbedürfnisse einzugehen, egal ob zur Betreuung von Kindern oder Alten. Ausdrücklich hervorheben möchte ich als Arbeitgeber und als Mann einer berufstätigen Frau mit vier Kindern die großartigen Leistungen der Frauen, die mit unglaublicher Effizienz Erwerbs- und Familienarbeit zusammen schaffen. Das sollte für noch mehr Betriebe ein Einstellungsargument sein. (Auch Männer geeignet, aber emotional sind Frauen die gewünschten Partner.)

4.

Was die materielle Förderung von Familien betrifft, hält die Union die Unterstützung von armen Familien, von allein erziehenden Müttern und Vätern und von kinderreichen Familien für besonders wichtig.

Insbesondere Familien mit Alleinerziehenden leiden unter der Last der Aufgaben und fehlenden Zeit für Kindererziehung und Erwerbsarbeit. Die allein erziehenden Mütter (meist sind es Mütter, nicht Väter) und ihre Kinder benötigen unsere größte Aufmerksamkeit und Zuwendung. Nicht nur mit Finanzen und Wohlfahrt müssen wir ihnen helfen; auch Respekt und Anerkennung gehören diesen Erziehungsleistungen.

Aus diesem Thema leitet sich zudem die Kinderarmut ab, also die Armut von Kindern insbesondere bei Alleinerziehenden, in SGB-II-Haushalten und in kinderreichen Familien. Sie ist zwar nach den skandinavischen Ländern in Europa in Deutschland am geringsten, aber jedes Beispiel erschrickt. (Nach Sozialtransfers und Familienleistungen wird sie bereits mehr als gedrittelt (von rd. 35% auf rd. 11%; iwd 2/2009).

Ein weiteres Beispiel für die strukturelle Benachteiligung von Familien sind folgende Daten (DFV-Familie 5/2008):

Annahmen:

durchschnittliches Einkommen 30.000 €
steuerliches Existenzminimum 7.664 € Erwachsene und 5.808 € Kinder
Kirchensteuer 8%, Krankenversicherung 14,3%

kinderlosen Ledigen bleiben als frei verfügbares, also über das steuerliche Existenzminimum hinausgehendes Einkommen 10.994 €,

Verheirateten ohne Kinder 6.944 €
Verheirateten mit zwei Kindern - 770 € (also wird das Existenzminimum besteuert!)
Verheirateten mit drei Kindern - 4.730 € usw.



Die Sächsische Union



5.

Eltern übernehmen mit der Erziehungsaufgabe eine große Verantwortung. Zugleich leisten sie einen außerordentlichen Beitrag für das Zusammenleben in der Gesellschaft. Kinder lernen in der Familie Werte, Verhaltensweisen, Fähigkeiten und Kulturtechniken, die für ein gelingendes Miteinander in und außerhalb der Familie wichtig sind. Feste und verlässliche Familienbindungen sind eine gute Basis dafür, dass Kinder das notwendige Selbstwertgefühl und Vertrauen in die Zukunft entwickeln.

Die Aufgabe von Eltern, Kinder für ihr Leben in der heutigen und morgigen Gesellschaft gut zu rüsten, stellt eine große Herausforderung dar. Der rasche gesellschaftliche Wandel, immer komplexer werdende Lebens- und Familienverhältnisse und die unterschiedlichen Wertvorstellungen konfrontieren Eltern mit neuen Problemen, die vielfältige Anforderungen an ihre Erziehungsfähigkeit stellen. Alte überlieferte Erziehungskonzepte helfen nicht mehr, Eltern fragen sich, welche der vielen neuen pädagogischen Konzepte sich bewähren. Gleichwohl sind die Ansprüche an das partnerschaftliche Zusammenleben und an die Erziehung gestiegen. Junge Menschen werden angesichts dieser Entwicklung viel zu wenig auf ihre Rolle als Eltern und auf die Aufgaben in der Partnerschaft und der Familie vorbereitet. In Fragen des Zusammenlebens, der Kindererziehung, der praktischen Haushaltsführung und der sinnvollen Freizeitgestaltung reagieren Eltern zunehmend verunsichert. Erwünschte und unerwünschte Miterzieher aus den Medien haben an Einfluss gewonnen.

Zum Abschluss möchte ich noch drei persönliche Forderungen an unsere Arbeit stellen:

1. Schuldenabbau zugunsten der nachfolgenden Generationen verstärken
2. Familiensplitting unter Sicherung des Existenzminimums der Kinder, welches nicht unter dem für Erwachsene liegen kann
3. Familienwahlrecht (zur Durchsetzung und höheren Beachtung)

Familien brauchen mehr Beachtung. Beachtung in der Politik finden sie durch Stimmengewalt. Aber das Wahlrecht Minderjähriger ist im Grundgesetz verhindert, obwohl alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Wir sollten nicht rd. 20% von der politischen Stimmenbildung der Bevölkerung ausschließen. In allen anderen bereichen vertreten Eltern ihre Kinder, ihnen obliegt die vermögens- und Personensorge, aber sie können bei Wahlen nicht für ihre Kinder abstimmen. Das Kind ist ein Mensch, also muss es eine Stimme haben. Wir brauchen also ein Wahlrecht von Geburt an.



Die Sächsische Union meint es ernst mit der Familienpolitik - und das beweisen wir durch Fakten, von denen viele ein Alleinstellungsmerkmal haben:

- In Sachsen gibt es mehr und kostengünstige Kindergartenplätze und bessere Ganztagsbetreuung. Über 94% der 3-6-Jährigen werden in Kindsergärten betreut, knapp die Hälfte der 1-3-Jährigen und 3% der unter-1-Jährigen.
- Das letzte Kindergartenjahr wird vom Freistaat bezahlt, um alle Kinder individuell auf die Schule vorzubereiten.
- Die Schüler-Lehrer-Relation in den Schulen ist vorbildlich und drückt sich in tollen Leistungsergebnissen aus. Sächsische Schulabschlüsse sind weltweit respektiert.
- Mit diesen Bildungskonzepten und Bildungsförderungen erhöhen wir die Chancengerechtigkeit für unsere Kinder.
- Wir haben ein Landeserziehungsgeld, welches Eltern bei der bevorzugten eigenen Erziehung ihrer Kinder einen Teil der finanziellen Lasten abnimmt.
- Wir haben für einkommensschwache Familien eine sächsische Urlaubshilfe, die Zuschüsse zahlt und viele Ferienheime unterstützt.
- Unsere Stiftung ‚Hilfen für Familien, Mutter und Kind‘ sowie viele private Initiativen helfen dabei, besondere Probleme zu beseitigen.
- Sachsen fördert die assistierte Reproduktion und begleitet damit viele Paare bei der Umsetzung ihres Kinderwunsches.
- Und letztlich werden es uns die nachfolgenden Generationen danken, dass wir die explizite und implizite, die zeitlich verlagerte und ausgelagerte Verschuldung abbauen.

Quellen:

- EKDE-Bericht
- Familienprogramme der CDU
- Stellungnahmen des DFV
- Hirtenwort am Familiensonntag 2009 Bischof Reinelt
- iwd Institut der Deutschen Wirtschaft
- und andere

Ihr
 Peter W.-Patt, 2009
Peter.Patt@cdu-chemnitz.de

CDU-Mitgliederzeitschrift
 Kreisverband Chemnitz
 Ausgabe 1 / 2009



5 Neues aus der Ratsfraktion



Pressemitteilungen der CDU-Stadtratfraktion

Dr. med. Ullrich Müller, Fraktionsvorsitzender der CDU Chemnitz

LINKE lässt tief blicken: Toleranz nur, wo sie nützt und das eigene Weltbild bestätigt

CDU-Fraktion nicht überrascht durch Pauschalkritik der SED-Nachfolgepartei an „Pro Christ“

Die Partei DIE LINKE lässt erneut tief blicken. Tolerantes Handeln versteht sie nur in eine Richtung: die, die den eigenen „Klassenstandpunkt“ bestätigt. In dieser Hinsicht muss auch ihre unfundierte und polemische Kritik an der Veranstaltung „Pro Christ“ interpretiert werden, zu der gegenwärtig unterschiedliche christliche Konfessionen nach Chemnitz einladen.

„Anstatt dankbar zu sein, dass sich Leute für unser Gemeinwesen und seinen Zusammenhalt aus tiefer Überzeugung und Hilfsbereitschaft engagieren – und dazu auch zusammen kommen zu wollen, um sich auszutauschen und Gottesdienste miteinander zu feiern –, wird mit dem aus der DDR bekannten Pauschalverdacht gegen Christen auf die Veranstaltung reagiert. Wir stellen uns dem entschieden entgegen“, so Ullrich Müller, CDU-Fraktionschef im Chemnitzer Stadtrat.

Sein Stellvertreter Tino Fritzsche ergänzt: „Jeder, also natürlich auch die christlichen Konfessionen, soll für seine Sache werben dürfen. Der negative Unterton der LINKEN ist unverschämte. Die Verwaltung verbietet ja auch nicht den Infostand der Partei, wenn sie gegen ‚Hartz IV‘ demonstriert. Das ist eben der Unterschied zur DDR: Die LINKE darf heute, was sie vor 20 Jahren noch allen verbieten wollte. Insgeheim gesteht sie aber noch immer nicht jedem das gleiche Recht zu. Die Maske ist wieder einmal gefallen.“

CDU-Mitgliederzeitschrift
 Kreisverband Chemnitz
 Ausgabe 1 / 2009



CDU-Fraktion äußert Unverständnis über Verzögerungen beim Abschluss des Theatertarifvertrags

Stadt und Theater nehmen Schaden – „Wie soll man das vermitteln?“

Die CDU-Ratsfraktion bekundet ihr Unverständnis über die lange und unnötige Verzögerung des Tarifvertragabschlusses beim Theater. Im Dezember 2008 wurde mühevoll ein Kompromiss zwischen allen relevanten Gruppierungen ausgehandelt. Der Stadtrat hat noch einmal den Zuschuss für das Theater erhöht. Von vornherein war absehbar, dass es zu Einschnitten für alle Beteiligten kommen musste.

„Wir verstehen die Welt nicht mehr: endloses Gezerre, das dem Ruf des Theaters und der Stadt schadet. Die CDU-Fraktion ruft daher die beteiligten Gewerkschaften auf, der ausgehandelten Übereinkunft endlich zuzustimmen. Wie sollen wir den anderen Institutionen, Vereinen und Verbänden in der Stadt, die auch den Gürtel enger schnallen müssen, diesen Eiertanz erklären? Wir erhöhen die Mittel und trotzdem wird keine Einigung erzielt“, so Fraktionschef Ullrich Müller.

Weitere aktuelle Nachrichten zu diesem Thema unter <http://www.cdu-chemnitz.de>.



6 Spezialthema: Wider dem Extremismus



von Marco Freyemann, Mitglied im CDU-Kreisvorstand Chemnitz

Liebe CDU-Mitglieder und Freunde der Partei,

in Anlehnung an den von Steffen Flath im letzten Jahr herausgegebenen Entwurf einer Handlungsempfehlung über den Umgang mit Fraktionen, die eindeutig oder in Teilen extremistische Ziele verfolgen, möchte ich mit diesem Beitrag versuchen, die vermutlichen Motive und Interessen unserer politischen Gegner von links („Die LINKE“, „SPD“ und „GRÜNE“) beim sog. „Aufstand der Anständigen“ bzw. beim „Kampf gegen Rechts“ zu beleuchten.

Die Linken und der so genannte „Kampf gegen Rechts“ – Versuch einer Erklärung

„Ob soziale Demokratie oder demokratischer Sozialismus, soziale Gerechtigkeit oder Gerechtigkeit im Sozialstaat, ob Tierschutz oder Kinderschutz als Staatsziel in das Grundgesetz – der SPD laufen die Mitglieder und die Wähler fort. Die CDU hat sich mit Erfolg auf den Weg gemacht, die bessere sozialistische Partei zu werden, und die ehemalige SED, jetzt Linkspartei, beknabbert die SPD am linken Rand. Arme traditionsreiche Sozialdemokratie!

Weil die SPD die werktätigen Massen nicht mehr für einen weiteren Ausbau des Sozialstaates hinter sich vereinen kann, will sie zum Ausgleich alle guten Menschen im Kampf gegen das Böse hinter sich scharen. Das heißt dann: „Kampf gegen Rechts“. Und wir wissen seit Daniel Goldhagen verlässlich, dass die Deutschen aus ihrem Nationalcharakter heraus böse sind.

Papst Innozenz VIII (1432-1492) erklärte durch die Bulle „Summis desiderantes“ – mit sehnsüchtigem Verlangen – im Jahre 1484, dass es Hexen und Hexenmeister gibt, dass alle guten Christen aufgefordert werden, im Kampf gegen das Hexentum auf Seiten der Inquisition mitzuwirken, um die Macht des Bösen einzudämmen und Hexen und Hexenmeister der gerechten Strafe zuzuführen. Die vom Papst eingesetzten Inquisitoren Heinrich Kramer und Jakob Sprenger veröffentlichten im Jahre 1486 das „Malleus Maleficarum“, den Hexenhammer, eine Do-it-yourself-Anleitung zum Aufspüren und Liquidieren von Hexen und deren Spießgesellen.



Diese Geistesverirrung aus religiöser Überzeugung dauerte bis weit ins 18. Jahrhundert und bedeutete Ausgrenzung und Tod für Abertausende unschuldiger Opfer. Die politische Hexenverfolgung begann erst mit der französischen Revolution. Ein Beispiel aus der jüngeren Neuzeit bilden die Verfolgungen von Linksinтеллектуellen wegen „unamerikanischer Verhaltensweisen“ durch den Senator Joseph McCarthy in den Vereinigten Staaten zu Ende der vierziger Jahre im Zeichen des Kalten Krieges. Arthur Miller (1915-2005) hat dieser Verfolgung und Denunziation mit seinem Drama „The Crucible“ (dt. „Hexenjagd“) ein Denkmal gesetzt...“ (Generalbundesanwalt a.D. Alexander von Stahl)

Vor gut 9 Jahren rief der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder nach einem Brandanschlag auf eine Düsseldorfer Synagoge (die Täter stammten entgegen der Vermutung nicht aus Deutschland, sondern aus Marokko und Jordanien) den so genannten „Aufstand der Anständigen“ aus. Dieser wandelte sich schnell zum rot-grünen Prestigeprojekt, dem „Kampf gegen Rechts“. Von 2001 bis Ende 2006 bewilligte die Bundesregierung jährlich 19 Millionen EURO zur Prävention des Rechtsextremismus und für Opferhilfe. 2007 wurde dieser Betrag um fünf auf nun insgesamt 24 Millionen EURO erhöht. 192 Millionen EURO gab der Bund bis Ende 2006 für seine drei Pilotprogramme „Civitas“, „Entimon“ und „Xenos“ aus. (SZ vom 23.08.2007, „Kampf gegen Rechtsextremismus. Aktionismus der Anständigen“) Zusätzlich stellen die Bundesländer erhebliche Gelder zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Verfügung. Diese bereitgestellten staatlichen Gelder stellen eine nicht unerhebliche, manchmal auch die einzige Einnahmequelle für die an den verschiedenen Projekten gegen „Rechts“ beteiligten Personen dar. Nun hat der Staat das Recht, ja sogar die Pflicht, gegen extremistische Bedrohungen vorzugehen. Problematisch wird dies allerdings, wenn sich die Bekämpfung des Extremismus nicht gegen jede Form gleichermaßen richtet. Noch problematischer ist es, wenn dabei bewusst die Grenzen zwischen demokratischen und extremen Positionen verwischt werden. Dies ist beim gut neun Jahren währenden „Kampf gegen Rechts“ mittlerweile weitgehend zu beklagen.

„Null Toleranz? Null Verstand, null Mut und null Gespür. Diese Grundeinstellung des politisch korrekten Großlagers in Deutschland passt zur Äußerungskultur beim Kampf gegen Rechts: wenig Nachdenken, viel Hysterie und noch mehr Selbstgefälligkeit.“ (Peter Gauweiler, in SZ vom 07.09.2007)

Vom „Kampf gegen Rechts“ mittelbar betroffen sind längst die „Parteien der Mitte“ CDU und FDP. Dies war vermutlich auch immer Absicht der Strategen in den Parteizentralen von SPD und Grünen. Aber auch gestandene Sozialdemokraten können zu Opfern der „Kampf gegen Rechts“ - Kampagnen werden.



„Rechts“ wird in den Medien heute beinahe stereotyp gleichbedeutend mit „rechtsextrem“ oder „rechtsradikal“ verwendet. Selten schwant es einem Politiker oder Medienvertreter, dass vom „Kampf gegen Rechts“ längst nicht mehr nur das rechtsextremistische Spektrum betroffen ist. „Deswegen will ja niemand rechts sein, auch die Union nicht. Wer gar von einer rechten Mehrheit spricht, ist ein Fall für den Verfassungsschutz. Dabei ist – wenn man schon in diesen simplen Kategorien denkt – rechts doch nur der Gegenbegriff zu links.“ (FAZ vom 27.08.07, Reinhard Müller) „Wer wagt denn in diesem Land noch, sich als Rechter zu bezeichnen? Wer wagt es noch, traditionelle rechte Werte wie Leistung, Selbstverantwortung, Glaube, Familie, Vaterland et cetera offensiv zu vertreten?“ (Stefan Baron, Chefredakteur der Wirtschaftswoche) „Deutschland ist ein ordentliches Land. Es gibt Gut und Böse. Gut ist alles, was nicht böse ist. Böse ist alles, was rechts ist!“ (Eckhard Fuhr, FAZ vom 02.05.1995)

In kaum zu überbietender Primitivität wird ein politischer Begriff – Links – in strahlendem Licht präsentiert, während der andere – Rechts – in tiefes Braun getaucht ist. Dabei muss sich in einer Demokratie, sortiert man die politischen Lager nach Links und Rechts, notwendigerweise das politische Spektrum paritätisch in eine linke und eine rechte Hälfte teilen. Oder in ein linkes und rechtes Drittel und eine Mitte.

Es ist nur konsequent, dass die SPD sich besonders im „Kampf gegen Rechts“ engagiert. Die Partei leidet, vor allem seit sie in der Regierungsverantwortung ist, unter dem Dilemma, sich als Partei der Mitte profilieren zu müssen, ohne dabei ihren starken linken Flügel zu verlieren. Seit der Gründung der Linkspartei hat sich dieses Problem sogar noch verstärkt. Der „Kampf gegen Rechts“ eignet sich für die SPD als willkommene, medienwirksame Möglichkeit, um linkes Wählerpotential anzusprechen. Und davon abzulenken, dass die SPD ein massives Problem mit der extremen Linken in und um die Linkspartei hat. Der Wechsel von Oskar Lafontaine zur Linkspartei, deren Vorsitzender er nun sogar wurde, ist das Trauma der SPD. Der „Kampf gegen Rechts“ ist angesichts dieses breit ausgefranstes linken Randes ein gigantisches Ablenkungsmanöver. In den letzten Jahren haben zunehmend linke Sozialdemokraten, allen voran die Jungsozialisten, der Partei ihr Verständnis von Rechtsextremismusbekämpfung aufgezwungen. Ein Beispiel hierfür ist der durchgesetzte und auch innerhalb der SPD höchst umstrittene Unvereinbarkeitsbeschluss zwischen SPD-Mitgliedschaft und einer Mitgliedschaft in einer Burschenschaft der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“. Wieder geht es hier nicht alleine gegen Rechtsextremismus, sondern allgemein pauschalisierend gegen alles, was „rechts“ der Mitte ist.

In unserem Land herrscht schon seit einigen Jahren eine Art „Geistiger Bürgerkrieg“ des Linken Lagers, einschließlich einer großen Zahl linksorientierter Medien und Journalisten, gegen das bürgerlich-konservative Lager. Politisch korrekt ist das Maß aller Dinge, nicht historisch korrekt! Wahrheiten und Tatsachen interessieren nicht.



Wer gegen diesen allgemeinen Konsens, dem Diktat der linken Gutmenschen verstößt, wird medial hingerrichtet und mit dem bürgerlichem Tode bedroht, muss, um seine wirtschaftliche Existenz nicht zu gefährden, zu Kreuze kriechen und öffentlich abschwören vor Inquisitoren der verschiedensten Art.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat eindeutig gezeigt, dass innerhalb der SPD mehr und mehr eine Gruppe die Deutungshoheit über politische Kategorisierung erlangt hat, die zweifelhafte Verbindungen zum Linksextremismus pflegt. Dies führte dazu, dass die Bekämpfung des Extremismus sich prinzipiell gegen Rechts und damit im Kern gegen die CDU/CSU und das gesamte bürgerliche Lager richtet. Eine Gefahr von links scheint nach ihrer Auffassung nicht zu bestehen, wodurch die Bekämpfung des Linksextremismus wenn überhaupt nur noch marginal betrieben wird. Hinsichtlich der linksextremen Szene, meist verharmlosend als „antifaschistische“ oder „autonome Szene“ bezeichnet, bestehen auf Seiten linker Sozialdemokraten überhaupt keine Berührungängste. Dies zeigte sich zum Beispiel im jüngsten Skandal um die neue Juso-Chefin Franziska Drohsel. Nachdem sie zur Bundesvorsitzenden gewählt worden war, wurde bekannt, dass Drohsel der vom Bundesamt für Verfassungsschutz als linksextrem eingestuften Vereinigung „Rote Hilfe e.V.“ angehörte. Diese Organisation kümmert sich vor allem um die juristische und finanzielle Unterstützung von Straftätern aus dem linken, zumeist linksextremen Spektrum. Zudem ruft sie zur Solidarität mit inhaftierten Linksextremisten aus dem In- und Ausland auf, darunter die noch in Haft befindlichen Angehörigen der RAF. Zudem bestätigte Drohsel auch ihre bekannt gewordenen Kontakte zur DKP-nahen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten und Antifaschistinnen (VVN-BdA). In dem ehemaligen Zentralorgan der FDJ Junge Welt sagte sie, sie habe in ihrer „Tätigkeit als Berliner Juso-Vorsitzende auch gerne und erfolgreich mit der VVN - BdA zusammengearbeitet“.

Die Extremismusbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kristina Köhler, kritisierte die SPD daraufhin scharf: „Die Jusos wählen die Aktivistin einer linksextremen Organisation, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird und die für ihre Verharmlosung der RAF-Morde bekannt ist, zur Vorsitzenden – und aus der SPD kommt dazu kein Wort. Wenn die SPD-Jugend die Linkspartei links überholen möchte, muss sie aufpassen, nicht im Straßengraben der Verfassungsfeinde zu landen“. Die CSU-Bundestagsabgeordnete Dorothee Bär fragte rückblickend auf den Skandal in einem Gastbeitrag in der FAZ: „Ist Rechtsextremismus eine Todsünde und Linksextremismus ein Kavaliersdelikt?“ Während Rechtsextremismus zu Recht scharf verurteilt werde, scheine Linksextremismus schick oder zumindest tolerierbar zu sein. Und das, so Bär, obwohl es in Deutschland laut Bundesverfassungsschutzbericht über 30.000 Linksextreme gebe. Hier fehle „sprichwörtlich der Aufstand der Anständigen“. Dass dieser ausbleibe, habe aber seinen Grund: Es gelinge der SPD nicht, sich von den Linksextremen abzugrenzen. „Im Gegenteil, sie sind ein Teil der SPD“.



Auch in Bündnissen der G8-Gipfelgegner zeigte sich eine brisante Liaison. Hier machten Vertreter des demokratischen Lagers gemeinsame Sache mit vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestuften Organisationen und bewirkten so eine Steigerung der Gesellschaftsfähigkeit linksextremer Positionen und Ideologien. Die eskalierenden Gewaltexzesse während des G8-Gipfels in Rostock mit Hunderten verletzten Polizisten sorgten nicht einen Moment lang für ein Innehalten. Auch die seit Beginn 2006 mindestens 270 vermutlich linksextrem motivierten Brandanschläge auf Autos in Berlin werden in der Öffentlichkeit kaum thematisiert, obwohl gerade sie die zunehmende Radikalisierung des linksextremen Lagers verdeutlichen. Im Sommer 2007 hatten Linksextremisten im Internet zu so genannten „Volkssport-Aktionen“ aufgerufen. Angespornt durch ein Punktesystem, wurden Anhänger des militanten Spektrums dabei gezielt zu Straftaten gegen „Kapitalisten und Klassenfeinde“ angestachelt. Während es hierbei für „Glasbruch“ und Vandalismus gegenüber öffentlichen Einrichtungen, Banken und Geschäftsräumen lediglich drei Punkte gab, entlohnten die Veranstalter medienwirksame Körperverletzung wie „Nazis oder Security schlagen und Bullen bewerfen“ bereits mit fünf Punkten. Kraftfahrzeuge höheren Hubraumvermögens fanden mit acht Punkten Beachtung. Dokumentiert werden diese Brandanschläge auf einer privaten Internetseite (<http://www.brennende-autos.de>). Die Solidarisierung mit Linksterroristen reicht bis in die Mitte der Gesellschaft. Als im Sommer 2007 ein Berliner Hochschuldozent auf Weisung der Bundesanwaltschaft verhaftet wurde, da konkrete Hinweise gegen in vorlagen, dass er Kontakte zur linksterroristischen Organisation „militante Gruppen (mg)“ habe, brach ein breit angelegter Sturm der Entrüstung los, der die umgehende Freilassung des Verhafteten forderte und auch erreichte. (Berliner Zeitung zum Fall Andrej H. im August 2007)

Am letzten Tag der Deutschen Einheit, dem 03. November 2008, wüteten einheitlich in schwarz gekleidete Linksextremisten, sog. Antifaschisten in Chemnitz vor einem ihnen nicht genehmen Kleidungsgeschäft mit dem Namen „Thor Steinar“ und versuchten den Laden zu stürmen. Vergeblich wartete man auf einen Aufschrei in der örtlichen und überregionalen Presse. Das dieser allerdings ausblieb ist jedoch nicht verwunderlich, es ging ja schließlich gegen „Rechts“!

„Nach links hin aber wird vielfältig differenziert zwischen der Idee und ihrer (misslungenen) Verwirklichung, zwischen der objektiven Tat (die man an sich missbillige) und ihren subjektiven Motiven (die man doch verstehen müsse) – bis hin zur Unterscheidung zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen, nur damit eine differenzierte Billigung der Gewalt dabei herauskommt.“ (Kommentar Robert Leicht im Berliner Tagesspiegel im April 2007 über die erschreckende Akzeptanz gegenüber politisch links motivierter Gewalt)

Der „Kampf gegen Rechts“ treibt oftmals auch absonderliche Blüten. Jüngstes Beispiel sind die für die „Kämpfer gegen Rechts“ und andere Beteiligte mehr als peinlichen Vorkommnisse im sog. „Hakenkreuz-Fall“ von Mittweida. Rechtsradikale sollen im Jahr 2007 Rebekka K. ein Hakenkreuz in die Hüfte geritzt haben.



Wie schon so oft, so wurde auch diesmal wieder, ohne die polizeilichen Ermittlungsergebnisse abzuwarten, von Linken aller Couleur, eine ganze Stadt und ihre Bewohner in die Nazi-Ecke gestellt. Der „Fall Sebnitz“ lässt grüßen. Ohne die Ermittlungsergebnisse abzuwarten hatte das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ Rebekka K. mit einem Ehrenpreis für Zivilcourage ausgezeichnet. Heute steht sie allerdings als Lügnerin da. Das Amtsgericht Hainichen verurteilte die 18jährige wegen Vortäuschens einer Straftat zu 40 Stunden gemeinnütziger Arbeit.

Ein weiteres übles Beispiel von böswilliger linker Vorverurteilung und Verdachtsberichterstattung im Rahmen des „Kampfes gegen Rechts“, das sich im Vorfeld der Fußball- Weltmeisterschaft 2006 abspielte, waren die Behauptungen des ehemaligen Regierungssprechers Heye (SPD) über das Vorhandensein sog. „No Go Areas“ und die Aufforderung an ausländische Fußballfans, die entsprechenden Regionen zu meiden. Es wurden also schon bevor überhaupt etwas passiert ist, bzw. ohne die polizeilichen Ermittlungen abzuwarten, von West- und Ostdeutschen Linken, sowie ihren Gehilfen in Gesellschaft und Medien, ganze Landstriche und ihre Bürger in den Neuen Ländern, v.a. aber in Sachsen aufs übelste verunglimpft und in die Nazi-Ecke gestellt. Diese „Linken Gutmenschen“ gehen grundsätzlich davon aus, dass immer die Deutschen die Täter, und immer die Ausländer die Opfer sind! Beim Blick in die Kriminalitätsstatistiken oder hinter die Gitter der Haftanstalten lässt sich allerdings eine etwas andere Wahrheit feststellen!

Jüngstes und letztes Beispiel ist das alljährliche Trauerspiel zum Jubiläum der Zerstörung Dresdens im Februar 1945. Auf dem Theaterplatz feierte ein linke Allianz mit Berufspolitikern wie Gregor Gysi (Linkspartei), SPD-Chef Müntefering und der Grünen Claudia Roth mit Popmusik, Fahnen und Trommeln auf ihre Weise die sinnlose Zerstörung der Stadt. Gleichzeitig lieferten sich Linksextremisten Straßenschlachten mit der Polizei. Die sächsische CDU blieb dieser „Geh Denken“-Demonstration bewusst fern. „Wir brauchen keine Instrumentalisierung dieses schicksalhaften Tages durch Wahlkämpfende linke Berufspolitikern. Wir brauchen keine zu Rockmusik tanzenden Linken auf dem Opernplatz. Das ist eine Verhöhnung der Opfer.“ (Lars Rohwer, CDU Kreisvorsitzender Dresden)

Genug der Beispiele. Die SPD leidet im Grunde genommen seit der Abspaltung der USPD 1917 unter dem historischen Dilemma, sich von Kommunisten und Linksradikalen abzugrenzen und trotzdem als wählbare linke Alternative zu gelten. Sie verfügte aber in all den Jahren über Charaktere in ihren Führungsreihen, die sich der Gefahr der totalitären und antidemokratischen Linken durchaus bewusst waren. Genannt seien hier exemplarisch Gustav Noske, Kurt Schumacher, Willy Brandt, Egon Bahr, Helmut Schmidt oder Peter Glotz. Mehr und mehr nehmen in der SPD im „Kampf gegen Rechts“ aber diejenigen Kräfte das Heft in die Hand, die – teilweise unverhohlen, teilweise verdeckt – mit linksextremen Organisationen und Publikationen zusammenarbeiten und auch offen ein Zusammengehen mit der Linkspartei befürworten.



Von hier wächst eine unterschätzte Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland: das Ankommen linksextremer Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft.

Schlussfolgerungen:

Die CDU muss auf allen Ebenen den Spieß endlich umdrehen, und die politischen Gegner von links mit ihren eigenen Waffen schlagen, mit denen sie seit Jahren die UNION erfolgreich bekämpfen.

Die CDU sollte daher keinesfalls Bündnisse mit Linken Kräften zur Bekämpfung der NPD eingehen. Dieser sog. „Kampf gegen Rechts“ oder „Aufstand der Anständigen“ hilft eher der NPD. Da die Linken aber nicht zwischen konservativen Patrioten und Rechtsextremen unterscheiden, ist dieser antifaschistisch motivierte „Kampf gegen Rechts“ letztendlich gegen uns selbst gerichtet, gegen die bürgerlich-konservative Mehrheit der Deutschen.

Die Zurückdrängung der NPD ist ureigenste Aufgabe der CDU. Diese Aufgabe ist antiextremistisch, nicht antifaschistisch orientiert. (Steffen Flath)

Die UNION muss in Zukunft wieder Heimat für Menschen mit einem politischen Spektrum von Liberalen bis zu den konservativen Patrioten werden. Dies war über lange Zeit Stärke dieser großen Volkspartei. Eine alleinige Ausrichtung auf die politische „MITTE“ ist langfristig zum Scheitern verurteilt, denn diese Fokussierung öffnet die politischen Ränder für extremistische Parteien.

Herzlichst

Ihr

Marco Freymann
*Beisitzer im CDU Kreisvorstand,
Ortsverbandsvorsitzender von Mitte-Schloss und
Mitglied der CDU Mediengruppe*



7 Neues aus den Vereinigungen



Pressemitteilung der CDA-Chemnitz
von Harald Krause, Vorsitzende der CDA Chemnitz

Auf der Landestagung der sächsischen CDA wählten die Delegierten in Chemnitz am 14. 3. 2009 in Chemnitz die beiden Chemnitzer Ines Saborowski-Richter und das „Urgestein der Sachsen-CDA“ (Zitat eines Teilnehmers) Harald Krause erneut in ihren Landesvorstand.

Mit allein 4 Chemnitzer Anträgen zu sächsischer Arbeitnehmer-Fort- und Weiterbildung; Gleichbehandlung im Kulturanspruch für ALG-I- und II-Bezieher; Sächsische Förderung der musischen Bildungsangebote im frühkindlichen Alter und Stärkung der Bankenaufsicht trug der CDA-Kreisvorstand Chemnitz erheblich zur inhaltlichen Ausrichtung der Tagung bei.

Harald Krause bat Gastredner Ministerpräsident Stanislaw Tillich um Unterstützung insbesondere für den Krankenhaus-Bereich: „Fehlende Investitionsmittel dürfen auf Dauer nicht durch Lohnverzicht bei den Krankenschwestern aufgebracht werden. Dies gebietet die Beteiligungsgerechtigkeit. Der Wert der Arbeit bei Pflegepersonal, das dreischichtig rund um die Uhr an den Menschen arbeitet, muss auch auf Dauer als Maß für Selbstachtung hier honoriert werden“.

Die Chemnitzer CDA wird in den kommenden Monaten weiter die Bindung zur Arbeitnehmerschaft und zu sozialen Themen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit legen, so wie es der Wahlspruch der Christlich Sozialen vorgibt: „Der Mensch steht im Mittelpunkt, nicht die Sache“.



Junge Union bereitet den Wahlkampf vor.
von Martin Schramm, Pressesprecher der Jungen Union Chemnitz

Die Junge Union Chemnitz eröffnete mit dem Kandidatentreffen für die Stadtratswahl am 06.03.2009 offiziell ihren Wahlkampf. Mit ihren Spitzenkandidaten Sven Krenkel im Wahlkreis VIII Kaßberg treten 10 weitere junge Menschen in allen Wahlkreisen unserer Stadt an.

Die nächsten Monate werden intensiv und anstrengend, schließlich kommen mit der Europa-, der Landtags-, und der Bundestagswahl noch weitere Ereignisse auf uns zu. Das Hauptaugenmerk der Jungen Union liegt aber bei ihren Kandidaten für die Stadtratswahl.

Um junge Politik, junge Menschen und eine Neujustierung des politischen Lebens in unser Parlament zu erreichen, ist es notwendig, dass möglichst viele junge Stadträte die Projekte der Stadt Chemnitz mitbestimmen.

„Die Junge Union setzt sich mit ihren Kandidaten für eine nachhaltige Politik in unserer Stadt ein! Wir sehen unsere Schwerpunkte im Bereich der Bildung, der Schulen und Jugendeinrichtung. Ferner ist es uns ein Anliegen, dass junge Menschen langfristig in Chemnitz ihre Heimat finden und behalten.“, so der JU-Chef Alexander Dierks.

Chemnitz gibt sich das Attribut „Stadt der Moderne“, nur trifft das auf viele Städte zu und ist weder ein Alleinstellungsmerkmal noch mit zukunfts-trächtiger Politik seitens der Oberbürgermeisterin verbunden. Eine moderne Stadt ist vor allem durch innovative Ideen definiert und nicht nur durch ihre ansprechende Architektur, wie es die aktuelle Politik und die Autobahnschilder suggerieren. Um das Attribut zu gewährleisten, bedarf es der Jungorganisationen aller demokratischen Parteien. So sind unsere Themen modern und vor allem äußerst wichtig. Familien-, Sozial- und Bildungspolitik sind unsere Schwerpunkte. Attraktive Betreuungsangebote, verbesserte Schulnetze und abwechslungsreiche Freizeitangebote müssen realisiert werden. Nur so kann es uns gelingen Familien mit Kindern nach Chemnitz zu holen und sicherzustellen, dass Absolventen unserer hervorragenden Universität hier bleiben.

Es ist äußerst fragwürdig ob die Stadträte der Linken und der SPD wirklich etwas bewegen wollen oder nur die Sicherung ihres Einkommens und ihres Profils als Wahlaufgabe haben. Die Junge Union Chemnitz steht stattdessen für inhaltliche Programmatik und Tatendrang. Wir streiten für den Neuanfang und arbeiten für ein erneuertes und modernes Chemnitz.

Für einen jungen, dynamischen und erfolgsorientierten Stadtrat!

Mit freundlichen Grüßen

Martin Schramm
Pressesprecher Junge Union Chemnitz



8 Die Kandidaten haben das Wort



„Danke“ und „Jetzt geht's erst richtig los!“...
von Frank Heinrich, CDU-Kandidat für den Bundestag

Liebe Parteifreunde.

„Ganz herzlichen Dank“ für das Vertrauen, dass Sie mir zur Nominierung als Direktkandidat für den Bundestagswahlkampf entgegen gebracht haben. Ich werde das von Ihnen entgegengebrachte Vertrauen dazu nutzen, dass die Chemnitzer CDU nach 11 Jahren Abstinenz wieder direkt im Deutschen Bundestag vertreten ist. Dieses ehrgeizige Ziel kann ich allerdings nur gemeinsam mit Ihnen erreichen. Ich brauche die Unterstützung eines jeden Einzelnen von Ihnen, und bitte diejenigen unter Ihnen, die meiner Person noch nicht ihr Vertrauen schenken konnten, unterstützen Sie dennoch die CDU-Chemnitz im Wahlkampf. Lassen sie uns gemeinsam als Einheit handeln.

CDU-Mitgliederzeitschrift
Kreisverband Chemnitz
Ausgabe 1 / 2009



„Jetzt geht es erst richtig los!“

Ich glaube an das Potential in unserer Stadt, und wir können als CDU wirklich einen Unterschied für Chemnitz machen. In den nächsten 6 Monaten brauche ich

- ✓ Ihre guten Ideen
- ✓ Ihr Feedback zu meinen Aktivitäten
- ✓ Ihre Meinung von der Basis zu allen wichtigen Fragen
- ✓ Ihr Vertrauen
- ✓ Ihre Kontakte, um Menschen außerhalb der CDU für mein Engagement für unsere Stadt zu begeistern
- ✓ Ihre materielle Unterstützung, um die finanziellen Lasten des Wahlkampfes zu schultern
- ✓ Ich werde alles brauchen können was in ihnen – liebe Parteifreunde – steckt

Deshalb erneut meine Bitte an sie alle: Bringen Sie Ihr Potential, Ihre Kenntnis, Ihre Kontakte, Ihre Fragen, ihre Begabungen mit ein. Es sollte nicht daran scheitern, dass wir diese Pfunde – aus welchen Gründen auch immer – nicht „investieren“.

In den nächsten Tagen geht meine Website an den Start, sie wird direkt mit <http://www.cdu-chemnitz.de> verlinkt sein.

Zudem hat die Bundespartei eine Unterstützerkampagne unter <http://www.team2009.de> ins Leben gerufen. Bitte schauen Sie auch dort einmal vorbei, wir haben die Gruppe „Heinrich“ gegründet.

Für alle Ideen und Anmerkungen stehe ich Ihnen unter Frank.Heinrich@gmx.eu und unter 0177/6777030 zur Verfügung.

Wenn Sie meinen Wahlkampf finanziell unterstützen wollen, können Sie gern eine Spende auf das Konto der CDU Nr.:2912660 bei der Hypovereinsbank Chemnitz (BLZ 870 200 86) einzahlen (Stichwort: Frank Heinrich)

Ich werde Sie regelmäßig über den Fortgang des Wahlkampfes auf dem Laufenden halten.

Ihr
Frank Heinrich

CDU-Mitgliederzeitschrift
Kreisverband Chemnitz
Ausgabe 1 / 2009



9 Die Ortsverbände haben das Wort

Ist Chemnitz Provinz?

von Dr. Helmut Rotsch, OV Grüna

Am 12. Dezember haben wir seit langer Zeit wieder einmal an einer Demo teilgenommen. 1989 und 1990 haben wir gegen Etwas demonstriert. Diesmal für Etwas, - für den Erhalt des hohen Niveaus von Schauspiel, Oper und Robert-Schumann-Philharmonie. Ein Kompromiss zwischen den Künstlern und der Stadtverwaltung hat inzwischen fürs Erste den Konflikt gelöst. Dieser Kompromiss wirft aber zwei Fragen auf: - Was wäre passiert, wenn nicht...? Wie kann man zukünftige derartige Konflikte vermeiden?

Wir sind seit 1970 regelmäßige Konzertbesucher und haben miterlebt, wie sich das Orchester von einem zunächst mittelmäßigen Orchester unter der Leitung von mehreren Generalmusikdirektoren zu einem Orchester mit außergewöhnlich hoher Qualität entwickelt hat. Das ist nicht nur eine laienhafte Einschätzung, sondern durch viele Fakten beispielhaft belegt:

- viel beachtetet Gastspiele in Deutschland und im Ausland,
- Mitwirkung bei Opernaufführungen, die weit über Chemnitz hinaus Beachtung fanden (Chemnitz wurde wegen der Wagner-Aufführungen schon das Bayreuth Sachsens genannt. Im Februar eine überregional hoch gelobte Deutschland-Premiere der Oper „Love and other Demons“).
- Mitwirkung von Orchestermitgliedern an den Wagner-Festspielen in Bayreuth,
- Aufnahmen diverser CD´s bei namhaften CD-Labels (u.a. Sony).
- Gastdirigate der Generalmusikdirektoren unserer Philharmonie bei international namhaften Orchestern und Opernhäusern, wie z.B. Mailänder Scala, Berliner Staatsoper

Es leuchtet sicherlich ein, dass eine Rückstufung von einem A-Orchester zum B-Orchester ein qualitativer Rückschritt wäre, der eine jahrelange positive Entwicklung zunichte gemacht hätte und in absehbarer Zeit nicht rückgängig gemacht werden könnte. Im Sinfoniekonzert gastieren häufig Dirigenten, die international renommierte Orchester leiten. Es kann niemand im Ernst glauben, dass diese Dirigenten auch zu einem B-Orchester kämen. Als Konzertbesucher können wir beobachten, wie das Orchester durch die Verpflichtung junger Musiker, die auch solistisch hervortreten, eine permanente positive Entwicklung nimmt. Ein B-Orchester übt auf hervorragende Absolventen nicht die Anziehungskraft aus, wie ein Orchester mit anspruchsvollem Programm in Konzert und Oper, internationalem Renommee und damit Basis für eine berufliche Weiterentwicklung.

CDU-Mitgliederzeitschrift
Kreisverband Chemnitz
Ausgabe 1 / 2009



Ohne Diskussion muss anerkannt werden, dass im städtischen Haushalt nur so viel ausgegeben werden sollte, wie man über Einnahmen verfügt. Dabei kann hier eingefügt werden, - als Steuerzahler fragt man sich oft, ob hier immer die richtigen Prioritäten gesetzt werden und nicht Gelder für fragwürdige, teure Prestigeprojekte verwendet werden (z.B. Bahnhofsvorplatz, ein zusätzlicher 5. Bürgermeister mit 4 zusätzlichen Planstellen, etc.). Ich vergleiche den städtischen Haushalt mit einem privaten Haushalt. Ist nicht vielleicht der Grund für die aktuelle Misere im städtischen Haushalt in der Vergangenheit zu suchen? Wenn ich im Privatleben den erreichten Lebensstandard nicht gefährden will, muss ich irgendwann aufhören mir immer neue Hobbies zuzulegen; Hobbies, für die nicht nur Anschaffungskosten anfallen, sondern die auch laufende Unterhaltungskosten erfordern. Was nützt ein neues größeres Auto, wenn die Unterhaltskosten so ansteigen, dass man Abstriche am Nötigsten machen muss? Ich vertrete den Standpunkt, dass in diesem Fall „Geschaffenes erhalten“ Vorrang haben muss vor „Neues installieren“, wenn die aus dem Neuen resultierenden Nachfolgekosten zu Abstrichen an der vorhandenen Substanz gehen. Eine Beispiel: Brauchen wir zusätzlich zur Hartmannhalle und zur Chemnitz-Arena, die auch für Großsportveranstaltungen geeignet ist, eine weitere Sporthalle im Stadtzentrum? Wird bei der Diskussion zu dieser Halle bedacht, welche laufenden Kosten durch den städtischen Haushalt gedeckt werden müssten? Welche Veranstaltungen mussten in der Vergangenheit ausfallen, weil wir diese Halle bisher nicht hatten? Zum finanziellen Aspekt abschließend: Die Konzertbesucher haben in der Vergangenheit ihren Teil zur Finanzierung durch fast jährlich steigende Kartenpreise beigetragen.

Ich hoffe, dass im Programm für die Kommunalwahlen die Sicherung des hohen Niveaus des kulturellen Angebotes in Chemnitz einen herausgehobenen Platz erhalten wird. Es ist bedauerlich, dass in der Diskussion um die Theater Chemnitz aus der Chemnitzer CDU keine Stimme für die Künstler zu hören war. Das passt nicht zu einer Partei, die ihre Wähler in der Mitte, vorrangig im Bürgertum findet. Man kann nicht immer nur argumentieren, dass das kulturelle Niveau einer Stadt mit ausschlaggebend sei für die Ansiedlung von Investoren und den Zuzug von jungen Menschen. - Man muss auch etwas dafür tun. Vielleicht wäre schon ein erster Schritt getan, wenn die Entscheider selbst Konzerte und Aufführungen besuchen würden, um einen Eindruck zu erhalten, worüber sie entscheiden.

Es kann nicht in unserem Interesse sein, dass sich der Abstand zu Dresden und Leipzig weiter vergrößert. Chemnitz darf nicht auf Provinzniveau absinken.

Ihr

Dr. Helmut Rotsch

CDU-Mitgliederzeitschrift
Kreisverband Chemnitz
Ausgabe 1 / 2009



10 Leserbriefe

Standpunkt eines betroffenen Anwohners zur Fraktionserklärung der CDU-Stadtratsfraktion zum Problem „Trompetter Guß“

Die Fraktionserklärung ließe sich kurz und knapp unter das Motto „Pro Trompetter Guß – Contra Anwohner“ stellen. Das ist ein für mich total unverständlicher Standpunkt für eine Volkspartei – noch dazu in einem Superwahljahr! Unser OV Mitte-Schloß hat sich ja bekanntlich unter das Motto „Wir sind Nachbarn“ gestellt. Ich finde, ein gutes Motto, welches mit Leben erfüllt werden muss. Ja, wir als CDU müssen uns für die Schaffung von Arbeitsplätzen stark machen – unbestreitbar! Das kann und darf aber nicht gegen unsere Mitbürger, in diesem Fall gegen die Anwohner am Standort geschehen. Der Standpunkt unserer Partei kann nach meiner Auffassung nur dadurch gekennzeichnet sein, dass die Interessen der Firma und der Anwohner „unter einen Hut“ gebracht werden müssen.

Mit der Wohnanlage Nord-Park wurde – auch mit mittelständischem Engagement – eine sehr schöne beispielhafte Wohnanlage für viele Chemnitzer geschaffen, deren langfristige Existenz durch die Betreibung einer Großgießerei in unmittelbarer Nachbarschaft bedroht ist. Leider zeichnet sich die Fraktionserklärung durch sachliche Unrichtigkeit aus, wenn behauptet wird „Jeder Bürger, der sich im Umkreis des stadtbekanntes Unternehmens in den vergangenen Jahrzehnten ansiedelte, wusste, in welcher Nachbarschaft er sich befinden würde“. Diese Nachbarschaft ist nach der Erweiterung der Gießerei von einer total neuen Qualität. Während in der Vergangenheit Maschinengestelle im Einschichtbetrieb gegossen wurden – und das bereits ab den 70-er Jahren zu massiven Anwohnerprotesten führte -, wird nun rund um die Uhr – einschließlich Wochenenden – mit einem vollkommen anderen Gießverfahren (Kernguss) und mehrfacher Menge produziert. Das hat zur Folge, dass Anwohner ständig – Tag und Nacht und an den Wochenenden!!! – durch Lärm und Gestank belästigt werden. Es klingt wie Hohn in den Ohren der Betroffenen, wenn in der Fraktionserklärung „klargestellt“ wird, dass „die berechtigten Ruhe- und Sicherheitsbedürfnisse der Bürger“ nicht in Frage gestellt werden sollen, ohne das entsprechende Aktivitäten in dieser Hinsicht beschrieben werden.

Wie es mit der Genehmigung zur Erweiterung der Firma Trompetter weiter geht werden die Gerichte entscheiden – wie die Anwohner den Standpunkt der CDU bewerten wird sich in den Wahlen zeigen!

Georg Schäfer

CDU-Mitgliederzeitschrift
Kreisverband Chemnitz
Ausgabe 1 / 2009



11 Impressum

Angaben nach § 6 TDG / § 10 MDStV:

Verantwortlich für den Inhalt:
Christlich Demokratische Union Deutschlands
Kreisverband Chemnitz
vertreten durch den Kreisvorsitzenden
Detlef Nonnen
Markt 5
09111 Chemnitz

Tel.: 03 71 / 666 19 55
Fax: 03 71 / 666 49 45
E-Mail: kreisverband@cdu-chemnitz.de
Internet: <http://www.cdu-chemnitz.de>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen bzw. redaktionell zu modifizieren.

Es besteht die Möglichkeit, die Mitgliederzeitschrift auch in elektronischer Form (als pdf-Datei) zu abonnieren. Dies spart nicht nur Kosten, sondern erhöht auch die Recherchierbarkeit nach Inhalten. Wir bitten Sie deshalb um Nachricht an zeitung@cdu-chemnitz.de, wenn von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden soll.

Redaktionsschluss für die Ausgabe des 3. Quartals 2007: **12.06.2009**
Nächster Erscheinungstermin: **06.07.2009**

Haben Sie Anregungen, Kritiken oder Wortmeldungen zu der aktuellen Ausgabe? Ihre Zuschriften können Sie mir gerne bis zum Redaktionsschluss unter dem Stichwort „Leserbrief“ zusenden.

Ihr Michael Walter
zeitung@cdu-chemnitz.de

CDU-Mitgliederzeitschrift
Kreisverband Chemnitz
Ausgabe 1 / 2009